

Fabian Georgi

---

# Widersprüche im langen Sommer der Migration Ansätze einer materialistischen Grenzregimeanalyse

## 1. Einleitung

Das Handeln der deutschen Regierung im ‘langen Sommer der Migration’ gibt politikanalytische Rätsel auf. Bereits während der Eskalation der Eurokrise war ihre kompromisslose Austeritätspolitik, für die sie einen Zerfall des Euro und eine Delegitimierung des Staatsprojekts Europa riskierte, nicht einfach zu erklären (vgl. Georgi/Kannankulam 2015). In ähnlicher Weise erklärungsbedürftig ist ihre Politik der partiell offenen Grenzen für Flüchtende auf der Balkanroute von Anfang September 2015 bis März 2016, die sie mit dem Versuch kombinierte, den wachsenden Umfang eigensinniger Migrationsbewegungen nach Deutschland durch verschärfte Asylgesetze und die Blockade der EU-Außengrenzen mithilfe der Türkei erneut unter Kontrolle zu bringen.

Angesichts der bitteren Konflikte über diese Politik sowie des zunehmend gewaltsamen Chauvinismus, mit dem Teile der deutschen Bevölkerung, ebenso eigensinnig, auf sie reagieren, ist ein tieferes Verständnis der Ökonomie von Migration und Flucht heute dringend geboten. Doch die Arbeit an politökonomischen Analysen von Migration und Migrationspolitik ist auch deshalb notwendig, weil dezidiert materialistische Perspektiven auf diese Gegenstände seit Jahren marginalisiert sind. Während der Mainstream der Migrationsforschung an seinem ‘Problemlösungsbias’ krankt und daran scheitert, den Zusammenhang von kapitalistischer Ökonomie und (Migrations-)Politik theoretisch zu fassen, konzentrieren sich viele Arbeiten aus dem Umfeld der kritischen Grenzregimeforschung auf diskurs- und praxistheoretische Untersuchungen. Die Folge ist, so eine zentrale These dieses Artikels, dass die Regime tendenziell in ihrer Immanenz analysiert werden. Aus dem Blick geraten so nicht nur jene politökonomischen Strukturdynamiken, die innerhalb der Regime kontinuierliche Konfliktmuster hervorbringen und Akteurspraktiken prägen. Auch die Bedingungen emanzipatorischer Veränderungen lassen sich ohne grundlegende politökonomische Analysen nicht angemessen verstehen.

Vor diesem Hintergrund stehen im Mittelpunkt dieses Artikels zwei Fragen. Erstens: Wie lässt sich die Strategie der Bundesregierung im ‚Sommer der Migration‘ (partiell offene Grenzen, Asylverschärfungen, Blockade der Fluchtrouten) aus einer Perspektive gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und politökonomischer Widersprüche erklären? Zweitens: Mit welchen theoretischen und begrifflichen Werkzeugen lassen sich grundsätzlich Gestalt und Veränderung von Migrations- und Grenzregimen aus einer kritisch-materialistischen Perspektive analysieren?

Meine Antwort auf diese Fragen stützt sich einerseits auf die Methode der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA), die Verfahren und Begriffe bereitstellt, um Kontext, Akteure und Prozesse gesellschaftlicher Konflikte empirisch zu untersuchen. Im Mittelpunkt des Ansatzes steht der Vorschlag, die tendenziell unendliche Vielfalt von Akteurspraktiken, die etwa in Migrations- und Grenzregimen konfligierend aufeinandertreffen, *heuristisch* entlang dynamischer ‚Hegemonieprojekte‘ und Fraktionen zu bündeln. Diese Projekte stellen keine statischen oder hermetischen Blöcke dar und in ihnen gehen nicht alle Regimepraktiken auf. Sie sind als begriffliche Abstraktionen bzw. Konstruktionen zu verstehen, die helfen, unübersichtliche Kräfteverhältnisse analytisch zu ordnen und ihre Verschiebungen zu rekonstruieren (vgl. Buckel et al. 2014). Auch relativ autonome Migrationsbewegungen müssten als soziale Kräfte in solche Analysen einbezogen werden, ohne die Eigensinnigkeit ihrer Escape-Praktiken zu reduzieren (vgl. ebd.: 52f.; Benz/Schwenken 2005).

Durch den Fokus auf eine tiefergehende Kontextanalyse der migrationspolitischen Konflikte in Deutschland 2015/2016 zielt der Artikel darauf, die Methode der HMPA für die kritische Migrations- und Grenzregimeforschung zu konkretisieren und Ansatzpunkte einer ‚materialistischen Grenzregimeanalyse‘ zu entwickeln.<sup>1</sup> Der Artikel gliedert sich in fünf Teile. Nach der Einleitung wird der zweite Abschnitt die These einer problematischen Vernachlässigung politökonomischer Aspekte in der kritischen, insbesondere ethnografischen Grenzregimeforschung illustrieren und vor diesem Hintergrund eine regulationstheoretische Weiterentwicklung des Regime-Begriffs vorschlagen. Der dritte Abschnitt leistet, thesenhaft, eine Politikanalyse der Kräftekonstellation, auf deren Basis die deutsche Regierung im ‚Sommer der Migration‘ strategisch agierte. Der darauf folgende Hauptteil kontextualisiert die Konflikte: Er analysiert die historischen Konkretisierungen von drei politikökonomischen Strukturwidersprüchen, deren Regulation meines Erachtens im Mittelpunkt der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015/2016 steht. Diese Widersprüche kreisen um die Folgen

---

1 Der Artikel fasst zentrale Ergebnisse meiner Dissertation zusammen (Georgi 2016). Für kritische Anmerkungen zum vorliegenden Text danke ich herzlich Sonja Buckel, Bernd Kasperek, Philipp Ratfisch, Mathias Rodatz sowie der PROKLA-Redaktion.

von Akkumulations- und Krisenprozessen im globalen Süden, die Versuche von Kapitalfraktionen, Arbeitskraftprobleme migrationspolitisch zu lösen, sowie den nationalen Chauvinismus großer Teile der Bevölkerungen des globalen Nordens. Der Artikel schließt mit der Skizze eines Forschungsprogramms, das auf die Weiterentwicklung einer materialistischen Grenzregimeanalyse zielt.

## 2. Kontroversen zum Begriff des Migrationsregimes

Ausgehend von ihrem Sammelband *Turbulente Ränder* haben die AutorInnen der Transit Migration Forschungsgruppe (2007) die Entwicklung der kritischen Migrations- und Grenzforschung im deutschsprachigen Raum maßgeblich vorgebracht und geprägt. Neben dem einflussreichen Begriff der Autonomie der Migration haben sie die „kritischen Potenziale“ (Hess/Karakayali 2007: 47) des Regimekonzepts betont und es zur Grundlage ihres Ansatzes der ethnografischen Grenzregimeanalyse gemacht (vgl. Tsianos/Hess 2010).<sup>2</sup> Unter einem Regime verstehen sie „ein Ensemble von gesellschaftlichen Praktiken und Strukturen – Diskurse, Subjekte, staatliche Praktiken – deren Anordnung nicht von vornherein gegeben ist, sondern das genau darin besteht, Antworten auf die durch die dynamischen Elemente und Prozesse aufgeworfenen Fragen und Probleme zu generieren“ (Karakayali/Tsianos 2007: 14). In Fortführung dieser Motive beziehen sich Hess u.a. (2014) positiv auf Konzepte des ‘Doing Border’ (ebd.: 15) und definieren Grenzregime praxistheoretisch als soziale Räume, „die von Spannungen, Konflikten und Aushandlungen zwischen multiplen Akteur\_innen um Rechte und gesellschaftliche Teilhabe geprägt sind und durch ständige performative Akte (wieder)hergestellt, repariert, herausgefordert, verschoben, umgedeutet oder neu eingeschrieben werden“ (ebd.: 18).

Der hier aufscheinende Regimebegriff hat meines Erachtens zahlreiche Stärken: Er ermöglicht es, die Regulation von Migrationsprozessen als oft nicht intendiertes Resultat von Kämpfen und Kräfteverhältnissen zwischen vielfältigen Akteuren, nicht zuletzt den eigensinnigen Bewegungen der Migration selbst, zu begreifen und bietet somit Ansatzpunkte sowohl für kritische Analysen als auch für politische Interventionen (vgl. Hess/Tsianos 2010: 252f.). Insofern stellt der von mir vorgeschlagene materialistische Regimebegriff (s.u.) eine Weiterentwick-

---

2 Zudem illustriert die Gründung der *Migration Regimes Interdisciplinary Study Group* 2013 an der Universität Osnabrück, dass unterschiedliche Varianten des Regimebegriffs in breiten Kreisen der Migrationsforschung wachsende Aufmerksamkeit erhalten (vgl. Pott u.a. 2014; siehe [migrationregimes.com](http://migrationregimes.com)).

lung oder Reinterpretation dieses Konzepts dar. Eine solche halte ich für nötig, weil der Begriff neben Stärken mehrere Probleme aufweist.

*Erstens* geht er mit einer teils impliziten, teils demonstrativen Geringschätzung der systemischen und damit politökonomischen Aspekte von Migrationsregimen einher. So stellen Hess/Tsianos (2010: 253) fest, dass es der Regimebegriff ermögliche, „eine Vielzahl von Akteuren und Diskursen miteinzubeziehen, deren Praktiken sich aufeinander beziehen, doch nicht im Sinne einer zentralen (systemischen) Logik oder Rationalität, sondern im Sinne eines Aushandlungsprozesses“. Ähnlich formulieren Karakayali/Tsianos (2007). Zwar beziehen sie sich auf die marxistische Variante der Regulationstheorie von Alain Lipietz und argumentieren, dass in Migrationsregimen widersprüchliche soziale Verhältnisse verstetigt und regularisiert werden. Zugleich sehen sie in diesen Regimen jedoch vor allem autonome Prozesse am Werk und deuten an, dass der strukturelle Charakter der so regulierten Widersprüche vernachlässigbar sei: „Von einem Migrationsregime zu sprechen, legt daher [...] nahe, den *systemischen Aspekt* eines solchen Verhältnisses eher gering einzuschätzen“ (ebd.: 14, Herv.: F.G.).<sup>3</sup>

*Zweitens* ist die richtige Feststellung, dass die Akteurspraktiken und somit die Dynamik von Migrations- und Grenzregimen nicht durch eine *einzig* systemische Logik bestimmt werden, kein Grund, ihren systemischen Gehalt als gering einzuschätzen und deshalb den Versuch aufzugeben, jene unterschiedlichen strukturellen Widersprüche und ihre historisch wechselhaften Gestalten und Konfigurationen präzise zu benennen, die die Entwicklung dieser Regime strukturieren. Aus einer materialistischen Perspektive liegt der systemische Gehalt von Migrations- und Grenzregimen u.a. darin, dass die hierunter gefassten Akteurspraktiken, Konfliktmuster und Regulationsprobleme zwar nicht determiniert sind durch jene Strukturwidersprüche, die aus der Art und Weise hervorgehen, wie Menschen unter kapitalistischen Bedingungen vergesellschaftet werden (zentral durch Privateigentum an Produktionsmitteln, Privatproduktion, Warentausch, Lohnarbeit und Konkurrenz), aber durch sie entscheidend geprägt und ‘formbestimmt’ werden (vgl. Hirsch 2005: 21ff.). Obwohl somit Strukturen und systemische Widersprüche selbst aus Praktiken hervorgehen und als Praxis in einem anderen ‘Aggregatzustand’ begriffen werden können (vgl. Buckel u.a. 2014: 33), haben sie als Resultat dieses Formwechsels spezifische Effekte, die eine kritische Grenzregimeanalyse einbeziehen muss. „Die richtige Feststellung, daß ‘Kapitallogik’ keine konkrete Geschichte erklärt, heißt noch nicht, daß sie nicht existiert.“ (Hirsch 1994: 195) Diese Aussage von Joachim Hirsch be-

---

3 Unklar bleibt in diesen und weiteren Formulierungen, was genau keiner systemischen Logik unterliegen soll: die Akteurspraktiken, die durch die Regime regulierten Verhältnisse oder die Regime selbst.

leuchtet einen zentralen Dissens zwischen ethnografischen und materialistischen Grenzregimeanalysen. Dieser besteht nicht zentral in der Frage, ob es so etwas wie politökonomische Strukturlogiken überhaupt gibt. Stattdessen existieren unterschiedliche Einschätzungen dazu, welche *Erklärungskraft* diese für die Analyse von Migrations- und Grenzregimen besitzen. Während ethnografische Zugänge diese eher gering erachten und befürchten, eine analytische Betonung dauerhafter Strukturen würde die Kontingenz konkreter Dynamiken verdecken und so emanzipatorische Chancen verstellen, sind letztere in Sorge, dass Analysen, die die feste Verankerung dieser Regime in den Strukturwidersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung in situative Analysen auflösen, ihr Potenzial, zu einer grundlegenden Überwindung unmenschlicher Grenzregime beizutragen, nicht ausschöpfen.

*Drittens* läuft aus einer materialistischen Perspektive die Geringschätzung struktureller Dimensionen Gefahr, die Kontingenz von Akteurspraktiken des ‘Doing Border’ zu überschätzen. Aus dem Blick gerät tendenziell, dass die Handlungsautonomie von Akteuren eine bloß *relative* ist. Der von Louis Althusser eingeführte Begriff der ‘relativen Autonomie’ der ökonomischen, politischen und ideologischen Instanzen bedeutete „nicht ‘ein bisschen’ Autonomie [...], sondern die epistemologische Figur, dass innerhalb einer Produktionsweise keine der Strukturebenen ohne die andere bestimmbar ist“ (Hirsch/Kannankulam 2006: 69). Anstatt also bei der kritischen Analyse von Migrations- und Grenzregimen primär die Kontingenz und Turbulenz von performativen Akten eines *Doing Border* in den Mittelpunkt zu stellen, sollte zentral auch gefragt werden, durch welche anderen ‘Strukturebenen’ und gesellschaftlichen Verhältnisse die relative Autonomie dieser Praktiken gerahmt wird. Statt von einer relativen ließe sich vielleicht anschaulicher von einer *relationalen Autonomie* sprechen, die u.a. durch soziale Formbestimmungen und strukturell verankerte Kräfteverhältnisse beschränkt und geprägt ist.

*Viertens* kann der systemische Gehalt von Grenzregimen gerade in jenen ‘Fragen und Problemen’ verortet werden, über die Akteure in relationaler Autonomie miteinander ringen. Aus materialistischer Perspektive entstehen Gegensätze und Konflikte weder regimeimmanent, noch sind sie extern, zufällig oder kontingent. Stattdessen können eine Vielzahl dieser Konflikte als historische Konkretisierungen einer begrenzten Anzahl ‘migrationsbezogener’ Strukturwidersprüche verstanden werden, die nicht ausschließlich, aber maßgeblich auch aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess hervorgehen. Der systemische Charakter von Migrationsregimen speist sich somit nicht zuletzt daraus, dass die in den Regimen ausgefochtenen Kämpfe überwiegend strukturelle Ursprünge haben, die sich in historisch ständig neuer Gestalt und Konfiguration in Institutionen konkretisieren (vgl. Hirsch 2005: 86).

*Fünftens* schließlich kann durch die demonstrative Geringschätzung systemischer Aspekte der wahrscheinlich ungewollte Eindruck entstehen, es sei aus Sicht der „ethnographischen oder besser gesagt praxeographischen Grenzregimeanalyse“ (Hess/Tsianos 2010: 260) legitim oder gar geboten, auf eine grundlegende politökonomische Kontextualisierung von Migrationsbewegungen und -politiken zu verzichten. Die Vermittlung eines solchen Eindrucks hat meines Erachtens auch politisch fatale Folgen. Sie läuft Gefahr, Untersuchungen Vorschub zu leisten, die politizistische, diskursive und praxeologische Verengungen aufweisen und deshalb die Handlungsbedingungen und strukturellen Zwänge, denen sich eine emanzipatorische Praxis im Feld von Migration und Grenzen gegenübersteht, nicht angemessen fassen können. Eine Vernachlässigung der strukturellen, zentral auch politökonomischen Gehalte von Migrations- und Grenzregimen steht somit überdies den Prinzipien kritischer Theorie entgegen, wie sie etwa Robert W. Cox (1981) formuliert hat. Cox spricht davon, dass kritische Theorie ein ‚größeres Bild‘ zu zeichnen habe. In diesem stellt der ursprünglich analysierte Gegenstand nur noch eine Komponente von vielen dar. Die Aufgabe der Theorie bestehe darin, die Beziehungen zwischen diesem Gegenstand, den anderen Komponenten und dem Gesamtbild zu skizzieren sowie den Veränderungsprozess, in den diese gemeinsam involviert sind (ebd.: 129). Wie andere soziale Phänomene können somit die Dynamiken von Migrations- und Grenzregimen nicht als Resultat immanenter Konflikte verstanden, sondern müssen als Momente des „gesellschaftlichen Gesamtprozesses“ (Adorno 1997: 183) rekonstruiert werden.

Um diesen Anspruch einzulösen, lässt sich mithilfe der Regulationstheorie ein materialistisches Verständnis des Regimekonzepts skizzieren, das das praxistheoretische Verständnis der ethnografischen Grenzregimeanalyse um eine politökonomische Kontextualisierung von Akteurspraktiken, Konflikten und Regulationsproblemen ergänzt. Ausgangspunkt ist die Krisenhaftigkeit und Instabilität von kapitalistischen Akkumulationsprozessen, die nie ‚rein‘ kapitalistisch sind, sondern im Sinne eines „Dirty Capitalism“ (Buckel 2015) unhintergebar mit anderen Herrschaftsverhältnissen verwoben sind. Damit sich derart instabile Verhältnisse trotz und durch ihre Krisen hindurch reproduzieren können, ist es notwendig, dass ihre Widersprüche im Rahmen einer umfassenden Regulationsweise bearbeitet werden, also durch staatliche Eingriffe in den Wirtschafts- und Gesellschaftsprozess, durch soziale Normen, gesellschaftliche Regeln und die Aktivität zahlloser nicht-staatlicher Akteure (vgl. Lipietz 1985; Hirsch 1994, 2005: 96ff.).<sup>4</sup> Die Relevanz dieser Argumentation für eine materialistische Grenzregimeanalyse ergibt sich aus folgender Grundannahme:

---

4 Auch nach Alain Lipietz (1998) ist eine „internationale Regulationsweise das, was man in der Theorie internationaler Beziehungen als ‚Regime‘ bezeichnet.“ (Ebd.: 21)

Einige jener Widersprüche, die aus der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise notwendig hervorgehen, bringen im Zusammenwirken mit anderen Herrschaftsverhältnissen 'migrationsbezogene' Probleme, Konflikte und Krisen hervor, die die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse tendenziell untergraben und die nur dann nicht zu einem Zusammenbruch dieser Verhältnisse führen, wenn sie im Rahmen von Migrations- und Grenzregimen erfolgreich reguliert werden.

Diese Konzeption lässt sich dreifach konkretisieren: Erstens sind jene Widersprüche, die in Migrations- und Grenzregimen reguliert werden, nicht zufällig oder ständig wechselnd. In meiner Dissertation konnte ich zeigen, dass ein zentraler Regimeakteur wie die Internationale Organisation für Migration (IOM) in ihrer 65-jährigen Geschichte im Kern eine begrenzte Anzahl sich variierender, aber strukturell ähnlicher Konflikte bearbeitet hat (Georgi 2016). Zweitens lässt sich davon ausgehen, dass sich die *Konstellation* dieser Widersprüche im historischen Prozess laufend ändert und verschiebt, abhängig von einer Vielzahl dynamischer Faktoren und Konflikte. Drittens sagt somit die Identifizierung zentraler Widersprüche zunächst wenig über die konkrete Gestalt spezifischer Migrations- und Grenzregime aus. Sie erlaubt es allerdings, den analytischen Blick materialistischer Grenzregimeanalysen produktiv zu lenken: Bei der Analyse räumlich und historisch unterschiedlicher Grenzregime(-aspekte) lässt sich so gezielt danach fragen, welche Gestalt diese Grundwidersprüche jeweils angenommen haben, in welcher spezifischen Konstellation sie zueinander stehen und welche Relevanz sie für die miteinander ringenden sozialen Kräfte besitzen.

Angesichts der bisherigen Argumentation drängt sich die Frage auf, welche 'migrationsbezogenen' Widersprüche es denn nun sind, die durch Migrations- und Grenzregime angeblich so dringend reguliert werden müssen. Wenn diese Regime dazu beitragen, die Widersprüche kapitalistischer, rassistischer und anderer Verhältnisse zu bearbeiten, dann „wäre erst einmal zu klären, um was für 'Widersprüche' es sich dabei eigentlich handelt und was daher warum und wie zu 'regulieren' ist“ (Hirsch 1994: 157). Diese Frage steht im Mittelpunkt der folgenden beiden Abschnitte. Ihre Beantwortung erfolgt exemplarisch anhand der Analyse der deutschen Regierungspolitik im 'langen Sommer der Migration'.

### 3. Kräfteverhältnisse im Sommer der Migration

Die Rede vom 'langen Sommer der Migration' (vgl. Kasperek/Speer 2015) umschreibt eine Phase ab Frühjahr 2015, für die der heute inflationär verwendete Begriff des 'Ausnahmestands', man möchte sagen: ausnahmsweise, einmal zutrifft. Ihr Beginn war die Schiffskatastrophe vom 19. April 2015, als nahe Lampedusa über 800 Geflüchtete ertranken. Während in der Folge in Italien

von Mai bis August 2015 monatlich regelmäßig etwa 22.000 Menschen ankamen, stiegen die Ankünfte in Griechenland deutlich an: Von knapp 18.000 im Mai über 31.000 im Juni, 54.000 im Juli auf fast 108.000 Menschen im August (IOM 2016a). Die Fluchtdynamik verschob sich u.a. deshalb in die Ägäis, weil die linke Syriza-Regierung die zuvor üblichen illegalen Pushback-Operationen der griechischen Küstenwache unterband (vgl. Chick 2015). Im Spätsommer spitzte sich die Dynamik zu. Am 28. August wurden in Österreich 71 Geflüchtete gefunden, die in einem LKW erstickt waren. Am 3. September gingen Bilder des dreijährigen Alan Kurdi um die Welt, dessen Leiche an einem Strand nahe der türkischen Stadt Bodrum angespült wurde. Unter dem Eindruck dieser Bilder, des Drucks einer linksliberalen Öffentlichkeit und der Kraft der eigensinnigen Bewegungen selbst, gab die deutsche Regierung nach. Am 31. August erklärte Merkel in Antwort auf die (rechtsgerichtete) Kritik an der steigenden Zahl von Geflüchteten: „Wir schaffen das, und wo uns etwas im Wege steht, muss es überwunden werden.“<sup>5</sup> Am 5. September entschied die Bundesregierung, die deutschen Grenzen teilweise zu öffnen. Die Grenzöffnung erfolgte nur partiell, weil Visa-Regime und Strafzahlungen für Transportunternehmen weiterhin verhinderten, dass Geflüchtete legal per Flugzeug oder Fähre günstig und gefahrlos in die EU gelangten. Zugleich standen die Grenzen auf der gefährlichen Ägäis- und Balkan-Route für eine Weile so offen wie selten zuvor. Wohl auch in Reaktion auf diese Situation stieg die Zahl der in Griechenland ankommenden Menschen im September (147.000) und Oktober (211.000) erneut an, bevor sie wegen schlechten Wetters und verschärfter Kontrollen bis Dezember auf knapp 109.000 zurückging (IOM 2016a). Im gesamten Jahr 2015 kamen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer mindestens 3770 Menschen ums Leben (IOM 2016b). Vor dem Hintergrund dieser bis März 2016 weitgehend ungebrochenen Dynamik ist das Ende des ‘langen Sommers’ schwierig zu bestimmen. In einem engeren Sinne ließe es sich auf November 2015 datieren, als die Zahl der Ankünfte zurückging, die Terroranschläge von Paris rechts-konservative Kräfte in die Offensive brachten und die Mobilitätsrechte neu hierarchisiert wurden. Ab Mitte November 2015 blockierte die mazedonische Regierung die Durchreise aller Geflüchteten, die nicht aus Syrien, Irak und Afghanistan stammten (vgl. Zeit Online, 19.11.2015). In einem wahrscheinlich zu weiten Verständnis könnte das Ende des ‘langen Sommers’ gar erst im März 2016 gesehen werden, als die Balkan-Route faktisch geschlossen wurde (vgl. tagesschau.de, 9.3.2016).

Wie stellt sich nun diese Dynamik aus der Perspektive einer materialistischen Grenzregimeanalyse dar? Auf der Ebene gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse

---

5 URL: [bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html](http://bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html), Zugriff: 1.4.2016.



kann die Entscheidung der Regierung Merkel, die deutschen Grenzen partiell zu öffnen, einerseits mit Verweis auf die politische Kraft der 'relationalen Autonomie' der Migration erklärt werden, die sich etwa in den spätsommerlichen Protesten von Geflüchteten am Budapester Ostbahnhof Keleti und ihrem demonstrationsartigen 'March of Hope' über ungarische Autobahnen manifestierte (vgl. Kasparek/Speer 2015). Warum die deutsche Regierung jedoch bis in das Frühjahr 2016 hinein an dieser Strategie festhielt und festhalten *konnte*, bleibt erklärungsbedürftig.

Die Regierung Merkel konnte sich hierbei auf zwei Kräftefraktionen stützen. Einerseits stützte sie sich auf die Akteure eines linksliberal-alternativen Hegemonieprojekts, die motiviert durch internationalistische und/oder menschenrechtliche Prinzipien die europäische Migrations- und Asylpolitik seit Jahren kritisierten und legale Fluchtwege oder gar offene Grenzen verlangten (vgl. Buckel u.a. 2014: 76ff.; Kannankulam 2014: 102f.). Auf Basis jahrzehntelanger Mobilisierungen und nicht zuletzt der selbst organisierten Refugee-Proteste seit 2012 konnten linke und linksliberale Akteure offenbar ihre Stellung im migrationspolitischen Kräfteverhältnis in Deutschland stärken. Die verhaltene Lockerung von Residenzpflicht, Arbeitsverboten und Sachleistungsprinzip für Geflüchtete im Rahmen des 'Asylkompromisses' von 2014 ist ein Hinweis darauf (vgl. sueddeutsche.de, 22.9.2014).

Zweitens konnte sich die Regierung Merkel zumindest anfangs auf einige einflussreiche Akteure stützen, die sich einem neoliberalen Hegemonieprojekt zuordnen lassen, darunter ÖkonomInnen, KapitalvertreterInnen und große Teile der bürgerlichen Presse. Über 60 Prozent der deutschen ManagerInnen glaubten, ihre Unternehmen würden durch eine schnelle Integration der Geflüchteten profitieren (SZ, 24.9.2015). BDI-Präsident Ulrich Grillo erklärte: „Wir haben ein demografisches Problem in der Zukunft. Das heißt, wir haben einen Mangel an Arbeitskräften. Dieser Mangel kann reduziert werden.“ (Grillo 2015)

Nach meiner Analyse reagierte die Regierung Merkel mit ihrer partiellen Grenzöffnung somit zum einen auf den faktischen Zusammenbruch des Dublin-Regimes infolge eigensinniger Fluchtbewegungen sowie auf die Forderungen linker und linksliberaler Akteure, die damit verbundene humanitäre Krise menschenrechtskonform zu lösen. Zugleich erfuhr die deutsche Regierungsstrategie die Unterstützung zwar nicht aller, aber durchaus entscheidender Kapitalakteure und neoliberaler 'ExpertInnen' aus Medien und Wissenschaft, die wohl zusammen mit der Regierung hofften, die eigensinnigen Bewegungen für ihre arbeitskraftpolitischen und demografischen Strategien nutzbar zu machen (Georgi 2016: 427ff.). In diesem Sinne kann die Politik der Regierung Merkel als Teil eines breiteren migrationspolitischen Strategiewechsels transnational vernetzter neoliberaler Kräfte in den 2010er Jahren verstanden werden. Ob-

wohl in den 2000er Jahren in Europa zahlreiche Einwanderungsprogramme für hochqualifizierte Fachkräfte durchgesetzt wurden, etwa die EU-Blue Card (vgl. Georgi u.a. 2014), zeigen sich neoliberale ExpertInnen in nationalen wie internationalen Foren immer wieder enttäuscht darüber, dass die ökonomischen Potenziale einer 'gemanagten' Migration wegen der ambivalenten Haltung im globalen Norden nicht ausgeschöpft werden (vgl. IOM 2012: 14). Um skeptische Bevölkerungen zu überzeugen, die 'Ressource Migration' zu nutzen, versuchte sich etwa die Internationale Organisation für Migration (IOM) in den 2010er Jahren an einer neuen Strategie. Sie verschob ihren Diskurs in eine linksliberale Richtung, indem sie nicht wie oft zuvor die Gefahren 'illegaler Migration' beschwor, sondern in einer humanitären Rhetorik, die Rechte, die Subjektivität und den Nutzen von MigrantInnen in den Mittelpunkt stellte (vgl. IOM 2013, 2014; Georgi 2016: 422ff.).

Die hier vertretene These ist, dass die deutsche Regierung im 'Sommer der Migration' diese linksliberale Diskursverschiebung des neoliberalen Projekts mitvollzog. Um die aus arbeitskraftpolitischen und demografischen Erwägungen heraus für nötig gehaltene Einwanderung durchzusetzen, nutzte sie eine neue, humanitäre Rhetorik und eine Politik partiell offener Grenzen, die die national-konservative Blockade erhöhter Einwanderung durch die faktische Öffnung der Grenzen umging.

Diese Strategie löste in Deutschland eine massive, chauvinistische Gegenbewegung aus, die sich um Akteure des national-konservativen Hegemonieprojekts gruppierte (vgl. Buckel et al. 2014: 68ff.). Wohl auch in Reaktion auf die Refugee-Kämpfe seit 2012 mobilisierten rassistische und rechtspopulistische Kräfte seit Mitte 2013 verstärkt gegen Geflüchtete, beispielsweise mit 'Montagsdemonstrationen' in Berlin-Marzahn ('Nein zum Heim!') und ab Herbst 2014 in der Pegida-Bewegung und ihren lokalen Protestablegern gegen Unterkünfte von Geflüchteten (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2015: 11ff.). Ab Mitte 2015 radikalisierte die AfD ihre migrationsfeindliche und chauvinistische Rhetorik. Der wachsende Einfluss dieser Kräfte verdichtete sich bis März 2016 in weiteren Gesetzesverschärfungen, der Definition von Albanien, Kosovo und Montenegro sowie Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten und einer Blockade der Balkan-Route (vgl. Pro Asyl 2016).

Dass sich die Regierung Merkel bis in das Frühjahr 2016 hinein derart vehement gegen neue Grenzkontrollen im Schengen-Raum stemmte, muss schließlich als Versuch interpretiert werden, die freie Zirkulation von Waren und Arbeitskräften im EU-Binnenmarkt, einer zentralen Grundlage des europäischen Akkumulationsregimes, nicht zu untergraben. Entsprechend kritisierte BDA-Präsident Ingo Kramer im Januar 2016 die fortschreitenden Grenzsicherungen scharf: „Was da an Kollateralschäden akzeptiert wird, um den Stammtisch zu befriedigen, ist

abenteuerlich.“ (Zit. n. SZ, 22.1.2016) Das Zitat macht deutlich, wie während des ‘Sommers der Migration’ die jeweils eigensinnigen Praktiken von Geflüchteten, von chauvinistischen Lohnabhängigen in Deutschland sowie von Kapitalakteuren widersprüchlich aufeinandertrafen. Der Fortgang dieser Konflikte ist offen.

#### 4. Regulation migrationsbezogener Strukturwidersprüche

Die bisherige Interpretation kann das Potenzial einer materialistischen Grenzregimeanalyse andeuten. Deren Produktivität lässt sich zuspitzen, wenn man die skizzierten Konflikte in ihrem politökonomischen Kontext verortet. Wenn sich Migrations- und Grenzregime als Teil historisch und räumlich spezifischer Regulationsweisen fassen lassen und wenn innerhalb dieser Regime somit zentral über die Regulation von Widersprüchen gerungen wird, die eine starke strukturelle Dimension haben, dann ist die entscheidende Frage: Welche Widersprüche waren es, über deren Regulation im ‘Sommer der Migration’ so heftig gekämpft wurde. Die folgende Kontextanalyse kann keine umfassende Antwort auf dieser Frage leisten. Stattdessen zielt sie darauf, Hypothesen zu formulieren, die weitere Analysen anleiten können. Zugleich will sie *exemplarisch* drei Strukturwidersprüche skizzieren, die in wechselhafter Gestalt und Konstellation die Konflikte innerhalb von Migrations- und Grenzregimen meines Erachtens auch in einer Vielzahl anderer Situationen grundlegend bestimmen.

##### 4.1 Akkumulationsprozess und Autonomie der Migration

Der erste ‘migrationsbezogene Strukturwiderspruch’ entsteht dadurch, dass Menschen in ihrer Fähigkeit, ihre eigene Geschichte selbst zu machen, sich den negativen Folgen kapitalistischer Umwälzungs- und Krisenprozesse nicht passiv ergeben. Stattdessen leisten sie auf vielfältige Art Widerstand. Der kapitalistische Akkumulationsprozess ist deshalb im Kern ein formbestimmter sozialer (Klassen-)Konflikt. Seine Notwendigkeiten müssen ständig gegen die Widerständigkeit und Eigensinnigkeit von Menschen durchgesetzt und an sie angepasst werden (vgl. Hirsch 1994: 167; Lüdtke 2015).

Der ‘Sommer der Migration’ kann in dieser Perspektive als soziale Bewegung verstanden werden, mit der Menschen in einem Kontinuum von Zwang und Eigensinnigkeit maßgeblich auf den Widerspruch zwischen den Folgen spezifischer kapitalistischer Umwälzungs- und Krisenprozesse, die durch andere Herrschaftsverhältnisse ko-konstituiert und überformt sind, einerseits, und ihren eigenen Lebenshoffnungen und Ansprüchen andererseits, reagierten. Es ist nicht möglich, diese Prozesse hier ausführlich herauszuarbeiten, aber ein

Verweis auf mehrere Ebenen der gegenwärtigen kapitalistischen Vielfachkrise kann das Argument illustrieren (vgl. Demirović u.a. 2011). Erstens lassen sich Wirtschaftspolitiken bzw. 'Akkumulationsstrategien' nennen, durch die gegenwärtig die Lebensbedingungen für viele Menschen in peripheren Räumen perspektivlos oder unerträglich werden. Dazu gehören Exporte von Waffen und von subventionierten Agrargütern aus dem globalen Norden, die lokale Landwirtschaft und Subsistenzformen zerstören; der sogenannte Freihandel, in dessen Rahmen globale Konzerne lokalen Industrien keine Chance lassen, sowie das neoimperialistische Land- und Ressourcen-Grabbing, das Menschen vertreibt und Gewinne außer Landes schafft. Zweitens lassen sich Krisenprozesse mit eigener Zeitlichkeit ausmachen, etwa jene der Ökologie und des Klimawandels; jene der Arbeitsgesellschaft, die Milliarden von Menschen nicht-kapitalistische Subsistenzformen verwehrt und zugleich nicht in der Lage ist, sie in profitable Verwertungsprozesse einzubinden; schließlich Ernährungskrisen, deren Eskalation um 2010 ein wichtiger Auslösefaktor für die Aufstände des 'Arabischen Frühlings' war. Drittens lässt sich die These formulieren, dass jene Bürgerkriege und Prozesse des Staatszerfalls, etwa in Syrien, Libyen, Irak, Afghanistan, Mali und Nigeria, zentral aus der gewaltsamen Eskalation dieser sozialen, ökonomischen und ökologischen Krisen entstanden. Damit soll *nicht* behauptet werden, dass (diese) Kriege allein aus kapitalistischen Dynamiken entstehen. Jedoch geht es aus kritischer Perspektive analytisch wie politisch fehl, die Trennung in 'Kriegsflüchtlinge' und 'WirtschaftsmigrantInnen' durch eine zu isolierte Betrachtung verschiedener Fluchtursachen zu reproduzieren. Die analytische Herausforderung besteht darin, die Krisenprozesse der gegenwärtigen Konstellation, u.a. chronische Überakkumulation von Kapital, Ernährungskrisen, Klimawandel, Bürgerkriege und Prozesse des Staatszerfalls, in ihrer wechselseitigen Bedingtheit und Potenzierung zu verstehen, als widersprüchliche Ausdrucksweisen einer globalen Formation (vgl. für solche Analysen u.a. Parenti 2012; Bedszent 2014; Heydarian 2014).

Die Hypothese, dass die Bewegungen im 'Sommer der Migration' maßgeblich Reaktionen auf den Widerspruch zwischen diesen Krisenprozessen und der Weigerung von Menschen waren, deren negative Folgen für sich zu akzeptieren, lässt sich mehrfach konkretisieren. *Erstens* lässt sich dieser Widerspruch darin begründen, dass Menschen die Fähigkeit besitzen, eigensinnig zu (re)agieren und deshalb für sie negative Situationen nicht per se akzeptieren, sondern versuchen, ihre Lebensbedingungen zum eigenen Vorteil zu wenden. Solche Widerständigkeit findet überwiegend vor Ort statt. Menschen kritisieren, organisieren sich, protestieren, streiken und sind in ihrem Alltag subversiv. Diese Beispiele lassen sich im Anschluss an Albert O. Hirschmann (1970) als Voice-Optionen bezeichnen, als Versuche, Verhältnisse, mit denen Menschen

unzufrieden sind, zu verändern. Grundsätzlich besteht für Menschen auch eine Exit-Option. Wenn sie feststellen, dass ein soziales Verhältnis ihren Hoffnungen und Wünschen oder ihrer Sicherheit zu sehr entgegensteht, und wenn sie über die entsprechenden Ressourcen verfügen, können sie die Exit- oder 'Escape-Strategien' ausüben (vgl. Papadopoulos u.a. 2008).

Neben den fast anthropologischen Kategorien von 'Voice' und 'Exit' lässt sich *zweitens* auf die historische Dimension des Zusammenhangs von kapitalistischen Umwälzungen und Escape-Strategien hinweisen. Marx beschrieb solche Prozesse bei seiner Analyse der sogenannten ursprünglichen Akkumulation (Marx, MEW 23: 741). Er berichtete von schottischen Bauernfamilien, die vertrieben wurden, um Platz für kapitalistische Schafzucht zu machen und daraufhin nach Glasgow und in andere Städte migrierten (ebd.: 756ff.). Ähnliches geschah im 19. Jahrhundert überall in Europa und führte zur millionenfachen Emigration in (ehemalige) europäische Kolonien (vgl. Gambino/Sachetto 2009). Die Folgen, die die globalen Umwälzungen der neoliberalen Epoche im globalen Süden hatten können hier nicht ausführlich dargestellt werden. Aber, so David McNally (2011), das Muster 'ist nicht besonders kompliziert': „Während sich Akkumulation durch Enteignung auf globaler Ebene intensiviert, und Hunderte von Millionen das Land verlassen, werden wir Zeugen einer der großen Migrationen der Weltgeschichte“ (ebd.: 52, Übers.: F.G.; vgl. ebd.: 140ff.).

*Drittens* ist die Einsicht entscheidend, dass solche Prozesse der 'Akkumulation durch Enteignung' (vgl. Harvey 2003: 136ff.), auf die Menschen eigensinnig reagieren, nicht allein das Resultat 'ungerechter' Politiken oder 'skrupelloser' Konzerne sind, sondern dass sie auch aus dem systemischen Zwang entstehen, Krisen der Akkumulation zu überwinden. So stellt Harvey mit Blick auf die Überakkumulation von Kapital in den 1970er Jahren fest, dass die darauf folgenden Krisenprozesse ohne die zerstörerische Integration vormals staatssozialistischer Räume, zuvor öffentlicher Sektoren und gemeinfreier Ressourcen noch härter gewesen wären: „Was wäre mit dem überakkumulierten Kapital in den letzten 30 Jahren geschehen, wenn diese neuen Terrains der Akkumulation sich nicht geöffnet hätten?“ (ebd.: 149, Übers.: F.G.) Dass kapitalistische Herrschaftsverhältnisse bei Weitem nicht die einzigen sind, auf die Menschen seit Jahrhunderten mit Escape-Strategien reagieren und dies weiterhin tun werden, sollte nicht dazu führen, ihre wichtige Stellung analytisch zu vernachlässigen.

Wenn diese erste Skizze den Kontext der im 'Sommer der Migration' wirkenden 'Fluchtursachen' erhellt hat, so bleibt doch unverstänlich, warum die so entstehenden Bewegungen eigentlich reguliert werden müssen. Warum ist es keine realistische politische Option, die Migrationsprozesse einfach zuzulassen?

#### 4.2 Migrationsregime als Arbeitskraftregime

Die zweite Hypothese formuliert die Einsicht, dass Migration unter kapitalistischen Bedingungen unter anderem deshalb reguliert werden muss, damit der Antagonismus zwischen Kapital und Arbeitprozessieren kann. Auf der einen Seite dieses Widerspruchs stehen die Interessen und Strategien von kapitalistischen Unternehmen und von Staatsapparaten, die auf die Besteuerung dieser Unternehmen angewiesen sind (vgl. Hirsch 2005: 34). Unternehmen unterliegen dem Zwang, Arbeitskräfte für den kapitalistischen (Re-)Produktionsprozess zu mobilisieren (vgl. Marx, MEW 23: 181).<sup>6</sup> Auf der anderen Seite stehen die Strategien potenzieller und bereits eingebundener ArbeiterInnen. Diese haben ein Interesse daran, ihre Arbeitskraft, wenn überhaupt, nur zu den für sie bestmöglichen Bedingungen zu verkaufen und den konkreten Arbeitsprozess selbst durch politische Kämpfe, gewerkschaftliche Organisierung und Alltagspraktiken zu ihrem Vorteil zu gestalten.

Der antagonistische Charakter solcher Arbeitskraftprobleme entsteht somit durch die (potenzielle) Widerständigkeit der ArbeiterInnen. Damit kapitalistische Akkumulation erfolgreich verläuft, reicht es deshalb nicht aus, dass es Menschen gibt, die theoretisch eingesetzt werden könnten. Damit diese zu passenden Arbeitskräften werden, muss eine große Zahl von Bedingungen erfüllt sein. Sie müssen u.a. über die richtigen *Qualifikationen* verfügen, gesund sein, diszipliniert, flexibel und umfassend regierbar. Es muss eine ausreichend große *Zahl* von ihnen verfügbar sein, die unmittelbar benötigte plus eine flexible 'industrielle Reservearmee' (Marx, MEW 23: 657ff.; vgl. Cohen 1988). Zudem müssen diese Arbeitskräfte juristisch befähigt und ökonomisch gezwungen sein, ihre Arbeitskraft an jenen *Orten* zu verkaufen, wo sie benötigt werden und zu *Preisen*, die eine mindestens durchschnittliche Profitrate ermöglichen. Auf Basis dieser unvollständigen Aufzählung lässt sich erahnen, wie viele Probleme für Unternehmen bei ihren Versuchen entstehen können, Arbeitskräfte einzusetzen. Da Unternehmen keine andere Wahl haben, als diese Probleme zu lösen, kommt den damit verbundenen Konflikten eine systemische Bedeutung zu. „Das Arbeitskraftproblem“, so David Harvey, „wird nie verschwinden.“ (Harvey 2010: 66, Übers.: F.G.)

Der antagonistische Widerspruch zwischen den Interessen von Unternehmen und Staaten und den widerständigen Praktiken der Arbeitskräfte kann in unterschiedlichster Form reguliert werden. Neben den Strategien einer gouver-

---

6 Solche Profitproduktion ist zudem darauf angewiesen, dass eine große Masse von Arbeit die Arbeitskräfte täglich neu reproduziert. Diese Reproduktionsarbeit wird durch Tätigkeiten in Haushalt, Erziehung, Pflege und Beziehungen überwiegend von Frauen und zunehmend von migrantischen Frauen gegen (wenig) Geld geleistet (vgl. Chorus 2012).

nementalen Biopolitik in Feldern wie Gesundheit, Bildung, Sprache, Hygiene und Demografie (vgl. Schwiertz 2011: 49ff.) und einer Vielzahl anderer Optionen (u.a. Einsatz von Maschinen, Standortverlagerung, Arbeitszeiten verlängern) kann Migrationspolitik darauf hinwirken, dass von anderen Orten passende Arbeitskräfte zum Produktionsort migrieren oder eine ohnehin stattfindende Mobilität für sich nutzen (vgl. Georgi u.a. 2014: 211f.).

Ohne die im ‘Sommer der Migration’ in Deutschland zentralen Arbeitskraftprobleme empirisch analysieren zu können, weisen die oben zitierten Stellungnahmen von KapitalvertreterInnen auf die Relevanz dieses Zusammenhangs hin. Thesenweise lässt sich argumentieren, dass bestimmte Kapitalfraktionen die Politik partiell offener Grenzen 2015/2016 unterstützten, weil sie diese als funktional für drei migrationspolitische Arbeitskraftstrategien verstanden. Erstens ging es diesen Akteuren darum, chronische ‘Qualifizierungslücken’ bzw. den relativen Mangel eines möglichst günstigen Reservoirs an Fachkräften in technischen und naturwissenschaftlichen Feldern durch forcierte Einwanderung abzuschwächen.<sup>7</sup> Eine zweite neoliberale Arbeitskraftstrategie besteht darin, die Profitabilität bestimmter Sektoren durch den Einsatz migrantischer Arbeitskräfte zu erhöhen oder erst zu ermöglichen (vgl. de Genova 2002). Drittens schließlich, dies deutet die oben zitierte Aussage von BDI-Präsident Ulrich Grillo (2015) an, gilt zentralen Kapitalfraktionen der demografische Trend niedrigen Bevölkerungswachstums als Problem, weil er mittel- und langfristig das Arbeitskräfereservoir verringern würde. Die eigensinnigen Bewegungen im ‘Sommer der Migration’ konnten aus dieser Sicht als Gelegenheit erscheinen, die für nötig erachtete Masseneinwanderung durchzusetzen.

Ähnlich wie beim ersten Widerspruch ist auch beim zweiten dessen historische Dimension zu betonen. Die Bearbeitung von Arbeitskraftproblemen durch den räumlichen Transfer von ArbeiterInnen hat eine lange Geschichte. So lässt sich im Anschluss an Lydia Potts (1988) argumentieren, dass der ‘>Weltmarkt für Arbeitskraft<’ seit dem 15. Jahrhundert ein kapitalistisches Strukturmerkmal darstellt:

„[D]er Bogen spannt sich von der Indianersklaverei, die bei der Eroberung Amerikas eingeführt wird, über die verschiedensten Formen der Zwangsarbeit und -migration in Lateinamerika, Asien und Afrika, die Sklaverei der Afrikaner/innen und das Kulisystem, mit denen die Asiat(inn)en in alle Welt verschickt werden, bis hin zur gegenwärtigen Arbeitsmigration“ (ebd.: 17f.).

Diese historische Dimension des auf einem Kontinuum von Zwang und Freiwilligkeit operierenden Transfers und Einsatzes von Arbeitskraft (vgl. Cohen

7 Dass es sich hierbei nicht um einen objektiven Mangel handelt, stellen mitunter selbst neoliberale Think Tanks fest; vgl. Papademetriou u.a. 2008: 3.

1988: 25ff.) macht den strukturellen Gehalt von Migrationsregimen als Arbeitskraftregime anschaulich. Migrationspolitik ist deshalb auch Arbeitskraftpolitik. Migrationsregime regulieren u.a. Arbeitskraftprobleme.

### 4.3 Hegemonie und struktureller Chauvinismus

Es ließe sich annehmen, dass sich die zwei bisher dargestellten Strukturwidersprüche und ihre historischen Materialisierungen gut ergänzen. Der erste Widerspruch zwischen den zerstörerischen Folgen kapitalistischer Umwälzungsprozesse und den Lebenshoffnungen von Menschen führt dazu, dass Prozesse der Flucht und Migration unter kapitalistischen Bedingungen ein Strukturmerkmal darstellen. Zu welchem Zweck die Regulation solcher Mobilität eigentlich notwendig ist, wurde mit diesem Argument nicht klar. Die Analyse des zweiten Widerspruchs hat die Einsicht ermöglicht, dass diese Mobilität aus kapitalistischer Sicht u.a. deshalb reguliert werden muss, um spezifische Arbeitskraftprobleme temporär zu lösen. Zu einem gewissen Grad ergänzen sich diese Widersprüche somit tatsächlich. Angesichts dieser Komplementarität könnte es verwundern, warum Migrations- und Grenzregime seit den 1980er Jahren eine derart restriktive Transformation durchgemacht haben. Auch die asylpolitischen Verschärfungen seit Sommer 2015 und die Blockade der Balkan-Route im Frühjahr 2016 lassen sich so nicht erklären. Offenbar fehlen in dem bisher gezeichneten Bild wichtige Komponenten.

Ein zentraler Grund für diese Restriktion ist die Existenz von Rassismus bzw. Rassismen, die als Herrschaftsverhältnisse verstanden werden können, die die Verteilung von Macht, Rechten und symbolischen wie materiellen Ressourcen entlang körperlicher oder kultureller Kriterien hierarchisieren. Bei aller Funktionalität, die rassistische Verhältnisse für kapitalistische Prozesse haben können (vgl. u.a. Miles 1989: 99ff.), kann der Einfluss rassistischer Kräfte dazu führen, dass diese Abschottungspolitiken durchsetzen, die aus Perspektive spezifischer Kapitalfraktionen ökonomisch dysfunktional sind. Den Konjunkturen des Rassismus kommt somit eine zentrale Bedeutung für die Erklärung migrationspolitischen Restriktionen zu. Deren Dynamiken lassen sich *nicht* aus den Strukturen oder den historischen Prozessen des Kapitalverhältnisses ableiten.

Die folgende Argumentation konzentriert sich jedoch auf die Frage, inwiefern auch die rassistisch überformte kapitalistische Vergesellschaftung strukturell zu restriktiven Grenzregimen beiträgt. Die These ist hier, dass sich migrationsfeindliche Mobilisierungen neben den „Konjunkturen des Rassismus“ (vgl. Bojadžijev 2008) aus einem nationalen Chauvinismus speisen, der unter den Bedingungen einer in Nationalstaaten gespaltenen, kapitalistischen Weltwirtschaft notwendig entsteht.



Beginnen lässt sich erneut mit dem Befund einer grundlegenden Krisenhaftigkeit kapitalistischer Verhältnisse. Im Anschluss an Antonio Gramsci und Nicos Poulantzas ist festzustellen, dass eine Regulation von ökonomischen Krisen und sozialen (Klassen-)Konflikten dauerhaft nur dann erfolgreich sein kann, wenn es den dominanten Kapitalfraktionen bzw. dem sich im Staat verdichtenden 'Machtblock' gelingt, einen spezifischen Modus von Herrschaft zu etablieren, den Gramsci als *Hegemonie* bezeichnet hat. Hegemonie kann als spezifische Herrschaftsform verstanden werden, in der die Dominanz führender Klassenfraktionen nicht primär auf Zwang und Gewalt beruht, sondern auf dem mehr oder minder aktiven Konsens mindestens eines Teils der beherrschten Gruppen zur gegebenen Ordnung (vgl. Gramsci 1991ff.: 1946ff.; Poulantzas 2002: 121). Auch Max Weber (1980) hat darauf hingewiesen, dass es für eine stabile staatliche Ordnung unabdingbar ist, dass das staatliche Gewaltmonopol von der Bevölkerung als *legitim* anerkannt wird (Weber 1980: 821; vgl. Hirsch/Kannankulam 2006: 76). Im Anschluss an Gramsci lässt sich nun zeigen, dass solche Legitimität dauerhaft nur durch politische Kompromisse erreicht werden kann, die zwar letztlich im Interesse der herrschenden Klassenfraktionen sind, aber den beherrschten Gruppen reale materielle Zugeständnisse machen. Nur durch eine materiell wie symbolisch abgesicherte Einbindung untergeordneter Gruppen entstehen Konsens und Massenloyalität und werden die herrschende Ordnung und ihre Repräsentation im Staat als legitime Ordnung anerkannt (vgl. Hirsch 1994: 193f.).

Diese Argumentation lässt sich mit Hilfe von Étienne Balibars Begriff des 'national-sozialen Staates' historisch präzisieren. In einem zuerst 1999 aus Anlass des 20. Todestags von Poulantzas gehaltenen Vortrag arbeitet Balibar (2010) heraus, dass sich die Länder des globalen Nordens seit Ende des 19. Jahrhunderts und insbesondere nach der *Great Depression* ab 1929 und dem Zweiten Weltkrieg in umkämpften Prozessen zu 'national-sozialen Staaten' (ebd.: 25) gewandelt haben, die Sozialpolitik und Nationalismus mit dem Effekt kombinierten, die explosiven Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung zu regulieren. Balibar argumentiert, dass „die Regulierung – und nicht, wie man manchmal zu Unrecht denkt, die 'Integration' – der Klassenkämpfe durch die Sozialpolitik und die Institutionen zur kollektiven Sicherung zumindest eines Teils der Lohnarbeiter [...] absolut unentbehrlich für die Erhaltung der nationalen Form des Staates und damit Hegemonie waren“ (ebd.). Die Bevölkerung in den Industrieländern des globalen Nordens wurde zunehmend von 'ihren' national-sozialen Staaten abhängig. Die Folge dieser Abhängigkeit lässt sich meines Erachtens als 'nationale Formbestimmung des Politischen' bezeichnen: Die Bevölkerungen des Nordens waren mehr und mehr gezwungen, nahezu alle sozialen und politischen Strategien auf ihre nationalen Staaten zu richten und die Geltung ihrer Forderungen weitgehend auf deren nationale Territorien und StaatsbürgerInnen zu beschränken.

Für den dritten Strukturwiderspruch ist nun entscheidend, dass diese national-soziale Regulation von Klassenkämpfen nur funktionieren kann, wenn die Reichweite der auf diese Weise etablierten Kompromisse beschränkt ist, sowohl räumlich-territorial als auch 'personell'. Da die Kompromisskosten letztlich vom kapitalistischen Mehrprodukt abgezogen werden, würde deren schrankenlose Ausweitung durch offene Grenzen und gleiche Rechte die Profitraten tendenziell gegen null sinken lassen. National-soziale Wohlfahrtsstaaten sind somit grundlegend darauf angewiesen, die Bedingungen ihrer Existenz durch gewaltsame Ausgrenzung der Nicht-Zugehörigen zu sichern und den Zugang zu ihren Territorien und sozialen Rechten zu hierarchisieren. Gestützt und vermittelt durch im Kolonialismus entstandene rassistische Muster drückt sich dieser Ausgrenzungsimperativ zu einem gewissen Grad notwendig in einem nationalen Chauvinismus aus, der in Migrations- und Grenzregimen institutionell realisiert wird und sich dabei mit rassistischen Verhältnissen verbindet, die eigenständig-interdependenten Dynamiken folgen.

Der national-chauvinistische Backlash gegen die Politik partiell offener Grenzen 2015/2016 weist darauf hin, dass vielen Lohnabhängigen in der EU diese Zusammenhänge in verstellter Weise klar sind. Deren Fähigkeit, ökonomische Verwüstungen und Gewalt im globalen Süden ignorieren zu können, beruht auf der Effektivität staatlicher Migrationskontrollen. Auch die Warnungen, Merksels Politik der offenen Grenzen kündige den deutschen „Gesellschaftsvertrag“ auf (FAZ, 14.11.2015), verweisen auf den Widerspruch zwischen der Eigensinnigkeit subalternen Mobilität und der Eigensinnigkeit sowohl rassistisch als auch nationalistisch motivierter Bevölkerungsgruppen im globalen Norden, die versuchen, ihre relative Privilegierung in der imperialen Produktions- und Lebensweise chauvinistisch zu verteidigen, auch wenn sie damit die Arbeitskraftstrategien bestimmter Kapitalfraktionen sabotieren.

## 5. Materialistische Grenzregimeanalyse: Ein Forschungsprogramm

Ausgehend von der hier nur skizzenhaft erfolgten Analyse von drei Strukturwidersprüchen, deren historische Konkretisierungen im Rahmen von Migrations- und Grenzregimen reguliert werden, lassen sich abschließend einige Fragen formulieren, an denen eine materialistische Grenzregimeforschung ansetzen könnte, um strategische Bestimmungen emanzipatorischer Akteure zu unterstützen.

In Bezug auf den ersten Widerspruch könnte es darum gehen, die polit-ökonomische Bedingtheit der gegenwärtigen Migrationsbewegungen besser zu verstehen. Eine materialistische Grenzregimeforschung müsste intensiv,

zeithistorisch und empirisch vergleichend untersuchen, wie die gegenwärtigen Migrationsbewegungen aus bestimmten Räumen zusammenhängen mit den weltwirtschaftlichen Entwicklungen seit den 1970er Jahren, den Erfolgen und dem Scheitern konkreter Akkumulationsstrategien und den hiermit verbundenen (gewaltsamen) Konflikten, ökologischen Zerstörungen und anderen Teilen der gegenwärtigen 'Vielfachkrise'. Eine solche politökonomische Kontextualisierung wäre ein wichtiger Schritt, um diskurs- und praxistheoretische Verengungen der gegenwärtigen Migrationsforschung zu korrigieren.

Hinsichtlich des zweiten Widerspruchs wäre es wichtig, präziser zu verstehen, wie und für wen kapitalistische Arbeitskraftpolitik und Chauvinismus sich teils funktional ergänzen, teils widersprechen. Chauvinismus kann aus ökonomischer Sicht dysfunktional werden, etwa wenn er die heutigen Arbeitskraftstrategien des deutschen Industriekapitals zur migrationspolitischen Versorgung mit Fachkräften torpediert. Durch empirische Forschung mithilfe der historisch-materialistischen Politikanalyse könnte etwa untersucht werden, inwiefern die gegenwärtige Dynamik europäischer Migrationspolitik durch den Widerspruch zwischen rassistisch-nationalistischem Chauvinismus 'von unten' und den Strategien neoliberal orientierter Kapitalfraktionen angetrieben wird.

In Bezug auf den dritten Widerspruch sollte eine materialistische Grenzregimeanalyse herausarbeiten, wie die chauvinistischen Reaktionen, die die Konflikte im deutschen und europäischen Migrationsregime prägen, durch eine enge Verschränkung rassistischer, nationalistischer und politökonomischer Dynamiken getrieben werden. Solange dieser Chauvinismus allein oder primär auf rassistische Diskurse zurückgeführt wird, ohne deren Verbindung zu national-sozialen Ausgrenzungstendenzen einzubeziehen, die aus der imperialen Produktions- und Lebensweise des globalen Nordens und der Regulation ihrer inneren Widersprüche und Krisen in nationalen Sozialstaaten notwendig entstehen, läuft die Kritik dieses Chauvinismus Gefahr, auch politisch entscheidende Aspekte nicht fassen zu können. Im Kern geht es um die Frage, wie eine linke Reaktion auf diesen Chauvinismus mit dem breiteren Projekt einer sozial-ökologischen Systemtransformation verbunden werden muss, um erfolgreich zu sein.

## Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997): Anmerkungen zum sozialen Konflikt heute (1968). In: ders.: *Gesammelte Schriften, Bd.8*, Frankfurt/M: 177-195.
- Balibar, Étienne (2010): Kommunismus und (Staats-)Bürgerschaft. In: Demirović, Alex u.a. (Hg.): *Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis*, Baden-Baden: 19-34.
- Bedszent, Gerd (2014): *Zusammenbruch der Peripherie. Gescheiterte Staaten als Tummelplatz von Drogenbaronen, Warlords und Weltordnungskriegern*, Berlin.

- Benz, Martina/Schwenken, Helen (2005): Jenseits von Autonomie und Kontrolle: Migration als eigensinnige Praxis. In: *Prokla* 35(3): 363-378.
- Bojadžijev, Manucla (2008): *Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration*, Münster.
- Buckel, Sonja (2015): Dirty Capitalism. In: Dirk, Martin u.a. (Hg.): *Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie*, Münster: 29-48.
- /Georgi, Fabian/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2014): Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 15-84.
- Chick, Kristen (2015): Seeking Refuge: Greece, long hostile to migrants, turns hospitable under Syriza. In: *Christian Science Monitor*, 24.6.2015. URL: [csmonitor.com/](http://csmonitor.com/), Zugriff: 29.2.2016.
- Chorus, Silke (2012): *Care-Ökonomie im Postfordismus. Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie*, Münster.
- Cohen, Robin (1988): *The new belots. Migrants in the international division of Labour*, Aldershot.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory. In: *Millennium* 10(2): 126-155.
- de Genova, Nicholas (2002): Migrant 'Illegality' and Deportability in Everyday Life. In: *Journal of Latin American Anthropology* 8(2): 419-447.
- Demirović, Alex u.a. (Hg.) (2011): *Vielfachkrise. Ursachen, Zusammenhänge und Strategien von Krisen im Kapitalismus*, Hamburg.
- Gambino, Ferruccio/Sachetto, Devi (2009): Die Formen des Mahlstroms. In: van der Linden, Marcel/Roth, Karl Heinz (Hg.): *Über Marx hinaus*, Berlin: 115-153.
- Georgi, Fabian (2016): *Zur politischen Ökonomie von Migrationsregimen. Die Geschichte der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 1951-2015*. Unveröffentlichtes Dissertations-Manuskript. Eingereicht Januar 2016. Freie Universität Berlin.
- /Kannankulam, John (2015): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. In: *Prokla* 45(3): 349-369.
- /Huke, Nikolai/Wissel, Jens (2014): Fachkräftemangel, Lohndumping und Puzzle-Politik. Die europäische >Blue Card< als arbeitskraftpolitisches Projekt. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 209-225.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte (1929-1935)*, 10 Bde., Hamburg.
- Grillo, Ulrich (2015): *BDI-Chef Grillo zur Flüchtlingssituation. „Es gibt Chancen, es gibt Risiken“* (3.11.2015). URL: [deutschlandfunk.de](http://deutschlandfunk.de). Zugriff: 2.1.2016.
- Harvey, David (2005): *Der neue Imperialismus*, Hamburg.
- (2010): *The Enigma of Capital. And the crisis of capitalism*, London.
- Hess, Sabine u.a. (2014): Einleitung. In: Heimeshoff, Lisa-Marie u.a. (Hg.): *Grenzregime II*, Berlin: 9-39.
- /Karakayali, Serhat (2007): New Governance oder Die imperiale Kunst des Regierens. Asyldiskurs und Menschenrechtsdispositiv im neuen EU-Migrationsmanagement. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder*, Bielefeld: 39-55.
- Heydarian, Richard Javad (2014): *How capitalism failed the Arab world*, London.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat. In: Esser, Josef u.a. (Hg.): *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*, Hamburg: 157-211.
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie*, Hamburg.
- /Kannankulam, John (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie. In: Bretthauer, Lars u.a. (Hg.): *Poulantzas lesen*, Hamburg: 65-81.
- Hirschman, Albert O. (1970): *Exit, voice, and loyalty: Responses to decline in firms, organizations, and states*, Cambridge/MA.
- IOM (2016a): *Summary of Arrivals to Europe - 2015 Overview*. Excel-File. URL: [migration.iom.int/europe/](http://migration.iom.int/europe/), Zugriff: 29.2.2016.

- (2016b): *Migrant Fatalities Worldwide. Latest Global Figures*. IOM Missing Migrants Project. URL: [missingmigrants.iom.int/latest-global-figures](http://missingmigrants.iom.int/latest-global-figures), Zugriff: 29.2.2016.
  - (2012): *Report on the 100th Session of the Council (5.-7.12.2011). Council 101st Session*. MC/2342/Rev.1, 27.11.2012.
  - (2013): *2013 United Nations General Assembly High Level Dialogue on International Migration and Development*. URL: [iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-activities-and-possible-high-road-scenarios-for-the-four-round-table-themes.pdf](http://iom.int/files/live/sites/iom/files/What-We-Do/docs/IOM-activities-and-possible-high-road-scenarios-for-the-four-round-table-themes.pdf), Zugriff: 21.11.2015.
  - (2014): *#MigrationMeans. 19 Aug 2014 World Humanitarian Day*. URL: [weblog.iom.int/migrationmeans](http://weblog.iom.int/migrationmeans), Zugriff: 29.2.2016.
- Kannankulam, John (2014): Kräfteverhältnisse in der bundesdeutschen Migrationspolitik. In: Forschungsgruppe >Staatsprojekt Europa< (Hg.): *Kämpfe um Migrationspolitik*, Bielefeld: 93-112.
- Karakayali, Serhat/Tsianos, Vassilis (2007): Movements that matter. Eine Einleitung. In: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): *Turbulente Ränder*, Bielefeld: 7-17.
- Kasperek, Bernd/Speer, Marc (2015): *Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration*. 7.9.2015. URL: [bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/](http://bordermonitoring.eu/ungarn/2015/09/of-hope/), Zugriff: 28.2.2016.
- Lipietz, Alain (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. In: *Prokla* 15(1): 109-137.
- (1998): Rebelle Söhne. In: ders.: *Nach dem Ende des >Goldenen Zeitalters<*, Hamburg: 12-23.
- Lüdtker, Alf (2015): *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Münster.
- Marx, Karl (1956ff.): *Das Kapital*. MEW 23. In: *Marx-Engels-Werke* (MEW), Berlin.
- McNally, David (2011): *Global slump. The economics and politics of crisis and resistance*. Oakland/CA-Halifax.
- Miles, Robert (1989): *Racism*, London.
- Papademetriou, Demetrios G. u.a. (2008): *Talent in the 21st century economy*. Migration Policy Institute, Washington D.C. URL: [migrationpolicy.org](http://migrationpolicy.org), Zugriff: 29.2.2016.
- Papadopoulos, Dimitris u.a. (2008): *Escape Routes. Control and Subversion in the 21st Century*, London.
- Parenti, Christian (2012): *Tropic of chaos. Climate change and the new geography of violence*, New York.
- Pott, Andreas u.a. (2014): *Migration Regimes: Approaches to a Key Concept*. URL: [migrationregimes.com/concept/](http://migrationregimes.com/concept/), Zugriff: 29.2.2016.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*, Hamburg.
- Pro Asyl (2016): *Asylverschärfungen beschlossene Sache – stehen weitere bevor?* 26.2.2016. URL: [proasyl.de](http://proasyl.de), Zugriff: 29.2.2016.
- Schwartz, Helge (2011): *Foucault an der Grenze*, Berlin.
- /Ratfisch, Philipp (2015): *Antimigrantische Politik und >Sommer der Migration<*. hrsg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Analysen Nr. 25, Berlin.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld.
- Tsianos, Vassilis/Hess, Sabine (2010): Ethnographische Grenzregimeanalyse. In: Hess, Sabine/Kasperek, Bernd (Hg.): *Grenzregime*, Berlin: 243-264.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen.